

# Inhaltsverzeichnis

Einleitung	25
A. Vorbemerkung	25
B. Gesetzgebungshistorie der Neuregelungen zur verdeckten Sacheinlage	26
I. Die Umsetzung der Anrechnungslösung durch das MoMiG	26
1. Referentenentwurf und Kritik	26
2. Regierungsentwurf und Kritik	27
3. Berücksichtigung der Kritik im weiteren Gesetzgebungsverfahren	30
II. Die Umsetzung der Anrechnungslösung durch das ARUG	31
C. Gang der Untersuchung	32
Kapitel 1. Ausgangspunkt und methodischer Ansatz der verdeckten Sacheinlage	34
A. Gesetzliche Unterscheidung zwischen Bar- und Sacheinlage	34
I. GmbH	35
II. Aktiengesellschaft	36
B. Umgehung der gesetzlichen Formvorschriften	37
Kapitel 2. Tatbestand der verdeckten Sacheinlage	39
A. Definition der verdeckten Sacheinlage	39
I. Definition in der Rechtsprechung	39
II. Definition im Schrifttum	40
III. Legaldefinition und Kritik	40
IV. Stellungnahme	43
B. Tatbestandsvoraussetzungen der verdeckten Sacheinlage	43
I. Wirtschaftliche Entsprechung	44
1. Sacheinlagefähiger Vermögensgegenstand	44
a) Grundlegende Parameter der Sacheinlagefähigkeit	44
(1) Maßgeblichkeit des zugesagten Wertdeckungszusammenhangs	44
(2) Kohärenz von Chancen und Risiken	45
(3) Kriterien der Sacheinlagefähigkeit	46

b) Sacheinlagefähigkeit als objektives Tatbestandserfordernis	47
c) Anwendung der Grundsätze der verdeckten Sacheinlage auch bei fehlender Sacheinlagefähigkeit	48
d) Stellungnahme – Situation bei obligatorischen Nutzungsrechten	49
2. Sacheinlagefähigkeit in Einzelfällen	52
a) Sachen	52
(1) Bereits existierende Sachen	52
(2) Herzustellende bzw. zu beschaffende Sachen	53
(a) GmbH	53
(b) Aktiengesellschaft	54
(01) Vorrang von § 36a Abs. 2 S. 1 AktG – § 36a Abs. 2 S. 2 AktG als Regelung für die Einlage von Forderungen gegen Dritte	54
(02) § 36a Abs. 2 S. 2 AktG als Bestimmung des zulässigen Erfüllungszeitraums	55
(03) § 36a Abs. 2 S. 2 AktG – Zulassung der Begründung einer schuldrechtlichen Forderung gegen den Inferenten als Sacheinlage	56
(04) Stellungnahme und Ergebnis	56
b) Forderungen	60
(1) Forderungen gegen Dritte	60
(2) Forderungen des Inferenten gegen die Gesellschaft	60
(a) „Altforderungen“	60
(b) Forderungen aus Gesellschafterdarlehen	61
(c) „Neuforderungen“	62
(3) Forderungen der Gesellschaft gegen den Inferenten – Abgrenzung zum „Hin- und Herzahlen“ i.S. des § 19 Abs. 5 GmbHG bzw. § 27 Abs. 4 AktG	64
3. Neutralisierung der auf die Bareinlagepflicht geleisteten Zahlung	67
a) Notwendigkeit des tatsächlichen Rückflusses der Barmittel?	67
b) „Nämlichkeit“ der Mittel	69
c) Betragsmäßige Identität des Rückflusses	70
(1) Offene Mischeinlage	70
(2) Offene gemischte Sacheinlage	71
(3) Verdeckte gemischte Sacheinlage	71
(4) Verdeckte Mischeinlage	71
(5) Ergebnis	72

d) Beteiligung Dritter	72
4. Verdeckte Sacheinlage bei Verpflichtung zur Leistung mehrerer Bareinlagen – Zuordnung	73
II. Abrede	75
1. Grundlegendes, Gegenstand	75
2. Die Beteiligten der Abrede	76
a) Gründung der Gesellschaft	76
b) Kapitalerhöhung	77
3. Klammerwirkung der Abrede	78
4. Rechtsnatur der Abrede	78
5. Regelvermutung des Vorliegens der Abrede	79
a) Sachlicher Zusammenhang	80
b) Zeitlicher Zusammenhang	81
(1) Sechsmonatszeitraum als Indiz für das Vorliegen der Abrede	81
(2) Gesamtbetrachtung aller entscheidungserheblichen Umstände	82
c) Ausnahmen	83
(1) Alltägliche Umsatzgeschäfte	83
(2) Entkoppelungsabreden („Einbuchung gegen Forderung“)	83
6. Maßgeblicher Zeitpunkt des Vorliegens der Abrede	84
a) Zeitpunkt der Feststellung der Satzung bzw. bei Kapitalerhöhung Abgabe der Übernahmeerklärung	84
b) Zeitpunkt der Erbringung der Bareinlage	84
c) Stellungnahme	85
7. Beweislastverteilung	86
III. Sonderfrage: Vorliegen der verdeckten Sacheinlage bei Mittlerückfluss aus Agio	87
1. Rechtsnatur des Agios	88
a) Aktienrecht	88
b) GmbH-Recht	89
2. Folgerungen für den Tatbestand der verdeckten Sacheinlage	89
Kapitel 3. Behandlung der verdeckten Sacheinlage nach altem Recht	91
A. Rechtsfolgen der verdeckten Sacheinlage	91
I. Überblick	91
1. Keine Erfüllung der Einlageforderung	91
2. Unwirksamkeit der betreffenden Rechtsgeschäfte	91

II. Einflüsse der höchstrichterlichen Rechtsprechung	92
1. Rechtslage vor dem 07. Juli 2003	92
2. Rechtslage nach dem 07. Juli 2003	92
III. Auswirkungen der Rechtsprechungsänderung	93
1. Ansprüche aus Eigentümer-Besitzer-Verhältnis	93
2. Ansprüche aus Bereicherungsrecht	94
3. Umverteilung der Insolvenzzrisiken	95
IV. Verjährung der Bareinlageforderung	96
1. Rechtslage bis zum Inkrafttreten des Schuldrechtsmodernisierungsgesetzes	96
2. Rechtslage nach Inkrafttreten des Schuldrechtsmodernisierungsgesetzes bzw. seit 15. Dezember 2004	96
B. Heilungsmöglichkeiten der verdeckten Sacheinlage	98
I. Anlass für eine Heilung/Möglichkeiten der Heilung	98
II. Heilung durch kombinierte Kapitalmaßnahmen	100
1. Grundlegendes und Überblick	100
2. Kombinierte Kapitalmaßnahmen bei der Aktiengesellschaft	101
a) Ausnahmecharakter der Kapitalherabsetzung	101
b) Heilung durch vereinfachte Kapitalherabsetzung	101
c) Heilung durch ordentliche Kapitalherabsetzung	102
d) Ergebnis	103
3. Kombinierte Kapitalmaßnahmen bei der GmbH	103
a) Teleologische Reduktion von § 58 Abs. 1 Ziff. 1 bis 4 GmbHG	103
b) Analoge Anwendung der §§ 58a ff. GmbHG	104
c) Sachkapitalerhöhung mit anschließender Kapitalherabsetzung	104
d) Ergebnis	105
III. Verrechnung des Bareinlageanspruchs	105
IV. Berichtigungsbeschluss	106
V. Heilung durch statutarische Umwidmung bei der GmbH	106
1. Absicherung durch die Rechtsprechung des <i>BGH</i>	107
2. Voraussetzungen der statutarischen Umwidmung	108
VI. „Heilungsmöglichkeiten“ nach § 52 AktG	112
1. „Heilung“ gemäß § 52 AktG analog	112
2. Kritik und Stellungnahme – „Heilung“ des Sachgeschäfts durch Neuvornahme	113
3. Ergebnis	115

VII. Mitwirkungspflichten bei der Heilung verdeckter Sacheinlagen	115
1. Überblick	115
2. Mitwirkungspflicht aufgrund gesellschaftsrechtlicher Treuepflicht	115
a) Rechtslage bei der GmbH	115
b) Rechtslage bei der Aktiengesellschaft	117
C. Kritik an der Lehre der verdeckten Sacheinlage und Alternativen	118
I. Darstellung ausgewählter Kritikpunkte	118
II. Vorgeschlagene Alternativen zur Lehre der verdeckten Sacheinlage	119
1. Differenzhaftung	119
2. Heilung ex tunc	119
3. Prüfungsumfang nach englischem Vorbild	120
4. Fazit	120
Kapitel 4. Behandlung der verdeckten Sacheinlage nach der Anrechnungslösung	121
A. Rechtsfolgen der verdeckten Sacheinlage nach MoMiG und ARUG	121
I. Überblick	121
II. Keine Befreiung von der Bareinlageverbindlichkeit	121
III. Kondiktionsanspruch des Inferenten wegen fehlender Befreiungswirkung?	123
IV. Wirksamkeit des schuldrechtlichen und dinglichen Rechtsgeschäfts	124
1. Paradigmenwechsel	124
2. Umfang der Wirksamkeit	124
a) Ausnahme: verdeckte Forderungseinbringung	125
b) Mangel der Rechtsgeschäfte	125
3. Ausschluss der Ansprüche gemäß §§ 812 ff. BGB und §§ 985 ff. BGB	126
V. Fortgeltung der Unzulässigkeit der verdeckten Sacheinlage	126
VI. „Anrechnung“ gemäß § 19 Abs. 4 S. 3 GmbHG bzw. § 27 Abs. 3 S. 3 AktG	127
VII. Zielsetzung der Anrechnungslösung	127
1. Schutz des Inferenten gegenüber doppelter Inanspruchnahme	127
2. Abkehr vom präventiven Kapitalschutzsystem?	128
VIII. Bezugspunkt der Anrechnungslösung	130

IX. Prinzip der „Anrechnungslösung“ und dogmatische Einordnung	131
1. Überblick über das Meinungsspektrum zur Dogmatik der Anrechnungslösung	131
2. Einzeldarstellung der unterschiedlichen Literaturauffassungen	134
a) Leistung an Erfüllung statt nach <i>Maier-Reimer/Wenzel</i>	134
b) Bereicherungsrechtliche Lösungsansätze nach <i>Pentz</i> und <i>Kersting</i> – Anrechnung als verrechnungsähnliches Erfüllungssurrogat sui generis mit bereicherungsrechtlichem Ausgleichsmechanismus	137
(1) Ausgangspunkt	137
(2) Lösungsansatz von <i>Pentz</i>	138
(3) Lösungsansatz von <i>Kersting</i>	141
c) Aufhebung der Erfüllungssperre nach <i>Heinze</i>	142
d) Anrechnung zum Vorteilsausgleich nach <i>Ulmer</i>	143
e) Anrechnung als mehrgliedriger Tatbestand – Zweckerreichung unter Berücksichtigung von Sachleistung und Barleistung ( <i>Bartels</i> )	145
f) Anrechnung als Verrechnung der Bareinlageforderung mit dem Bereicherungsanspruch des Inferenten ( <i>Sernetz</i> )	145
g) Parallele zur Differenzhaftung bei der offenen Sachübernahme ( <i>Benz</i> )	146
(1) Ausgangspunkt	146
(2) Definition der offenen Sachübernahme	147
(3) Strukturelle Unterschiede zwischen Sacheinlage und Sachübernahme	148
(a) Korporatives Hilfsgeschäft als Merkmal der Sacheinlage	148
(b) Echtes Austauschgeschäft bei der Sachübernahme	149
(c) Schlussfolgerung	149
(4) Strukturelle Vergleichbarkeit von Sachübernahme und Sacheinlage	149
h) Ergänzung der Anrechnung durch eine ungeschriebene Differenz- (und Agio-) Haftung ( <i>Riegger/Gayk</i> )	152
3. Auswirkungen der unterschiedlichen Meinungen	153
a) Vollwertigkeit des eingebrachten Vermögensgegenstandes	153
b) Minderwert des eingebrachten Vermögensgegenstandes	153
(1) Anrechnung als Leistung an Erfüllung statt kraft gesetzlicher Anordnung	153

(2) Anrechnung als verrechnungsähnliches Erfüllungssurrogat sui generis mit bereicherungsrechtlichem Ausgleichsmechanismus	154
(3) Anrechnung als Aufhebung der Erfüllungssperre	154
(4) Anrechnung als Vorteilsausgleich	154
(5) Anrechnung als mehrgliedriger Tatbestand	155
(6) Anrechnung als Verrechnung der Bareinlageforderung mit dem Bereicherungsanspruch des Inferenten	155
(7) Anrechnung als Parallele zur Differenzhaftung bei der offenen Sachübernahme	155
(8) Anrechnung ergänzt um eine ungeschriebene Differenz- (und Agio-) Haftung	156
4. Stellungnahme und eigener Ansatz	156
a) Bestehen eines Kondiktionsanspruchs des Inferenten bezüglich der ohne Erfüllungswirkung geleisteten Bareinlage	156
(1) <i>Condictio indebiti</i> vs. <i>condictio ob rem</i>	156
(2) Ausschluss der <i>condictio ob rem</i> gemäß § 812 Abs. 1 S. 2 Alt. 2 BGB im Fall der Verfehlung des geschäftstypischen Zwecks	157
(3) Zweckverfehlung i.S. der <i>condictio ob rem</i> durch die Bareinlageleistung	159
(4) Anspruch aus Leistungskondiktion gemäß § 812 Abs. 1 S. 1 Alt. 1 BGB ( <i>condictio indebiti</i> )	160
b) Problematik ab dem Zeitpunkt der Anrechnung	161
c) Gegenstand der Anrechnung	161
d) Kein Ausschluss des Kondiktionsanspruchs aufgrund der Spezialität von § 19 Abs. 4 S. 3 GmbHG bzw. § 27 Abs. 3 S. 3 AktG ( <i>Ulmer</i> )	162
e) Keine Parallele zur Differenzhaftung bei der offenen Sachübernahme ( <i>Benz</i> )	165
f) Keine Qualifizierung der Anrechnung als Erfüllung bzw. als Leistung erfüllungshalber	166
g) Keine Qualifizierung der Anrechnung als Leistung an Erfüllungs statt	166
h) Keine Zweckerreichung der Bareinlageleistung bzw. Aufhebung der Erfüllungssperre durch die Anrechnung	167
i) Keine Qualifizierung der Anrechnung als mehrgliedriger Tatbestand im Sinne von <i>Bartels</i>	168

j) Keine Ergänzung der Anrechnung durch eine ungeschriebene Differenz- (und Agio-) Haftung	169
k) Lösungsansätze über Entreicherung gemäß § 818 Abs. 3 BGB	169
(1) Kondiktionsansprüche nach <i>Pentz</i> und <i>Kersting</i>	169
(2) Die „doppelte Bezahlung“ kraft Anrechnung	170
(a) Entreicherung in Höhe des Wertes der Sacheinlage nach <i>Pentz</i>	170
(b) Entreicherung in Höhe des Kaufpreises nach <i>Kersting</i>	171
(c) Entscheidung zwischen den divergierenden Auffassungen von <i>Pentz</i> und <i>Kersting</i>	171
(3) Die verschärfte Haftung der Gesellschaft (§§ 818 Abs. 4, 819 Abs. 1 BGB)	172
(4) Unterschiedliche Regelung zur Beweislast	172
l) Gesetzliche Kürzung des Bereicherungsanspruchs sui generis („regelungsimmanentes Erlöschen“ des Bereicherungsanspruchs)	173
(1) Voraussetzungen des Lösungsansatzes; Rechtsnatur der Anrechnung	173
(2) Widerspruch zwischen Bereicherungsanspruch und effektiver Kapitalaufbringung	174
(3) Gesetzesimmanente Kürzung des Bereicherungsanspruchs	175
(4) Konsequenzen bei Minderwertigkeit des Vermögensgegenstands	176
(a) Anknüpfungspunkt: Sachgeschäft	176
(b) Schutz der Gesellschaft über die Regeln zur Kapitalerhaltung	177
(5) Konsequenzen bei Höherwertigkeit des Vermögensgegenstandes	178
(6) Erfüllung der Bereicherungsverbindlichkeit	178
(7) Problematik bei Teileinzahlung	179
B. Anrechnung bei der verdeckten gemischten Sacheinlage	182
I. Problemstellung	182
II. Meinungsstand	184
1. Kürzung des anzurechnenden Wertes des Einlagegegenstands um zu hoch bemessenen Betrag	184
2. Wortlautgetreue Anrechnung (Trennung von Kapitalaufbringung und Kapitalerhaltung)	186



3. Stellungnahme	187
a) Wortlaut	187
b) Zweck	187
c) Vergleich mit offener gemischter Sacheinlage	189
(1) Vergütung des Mehrbetrags für den Sachübernahmeteil als Residualgröße	189
(2) Einlage als Residualgröße	190
d) Stellungnahme im Hinblick auf die Situation bei der verdeckten gemischten Sacheinlage	191
III. Dogmatische Einordnung	193
IV. Wert des Vermögensgegenstands unterschreitet den von der Gesellschaft an den Inferenten geleisteten Betrag – Begrenzung der Haftung auf den Betrag der Einlageschuld?	194
1. Vergleich der bisherigen Rechtsprechung des <i>BGH</i> und der Rechtslage nach MoMiG und ARUG	194
2. Problemstellung	195
a) Lösungsansätze	196
(1) Erstreckung der Kapitalaufbringung auf den Betrag der verdeckten Sacheinlage (Gesamtbetrag)	196
(2) Schließung der Lücke durch Anwendung der Regeln zur Kapitalerhaltung	197
(3) Stellungnahme	198
b) Zwischenergebnis	201
c) Beurteilung nach Kapitalerhaltsrecht	201
(1) Aktiengesellschaft (§§ 57, 62 AktG)	201
(2) GmbH (§§ 30, 31 GmbHG)	202
V. Kongruenzbetrachtung und Ergebnis	203
C. Analoge Anwendung von § 19 Abs. 4 GmbHG bzw. § 27 Abs. 3 AktG auf den Fall der nicht ordnungsgemäß offengelegten gemischten Sacheinlage	204
I. Rechtsfolgen nach altem Recht	205
II. Rechtsfolgen nach neuem Recht	206
1. Analoge Anwendung des § 19 Abs. 4 GmbHG bzw. § 27 Abs. 3 AktG	206
2. Wirksamkeit der Sacheinlageverpflichtung – Vergütungsanspruch umstritten	207
a) Unwirksamkeit der Vergütungsvereinbarung	208
b) Grundsätzliche Wirksamkeit der Vergütungsvereinbarung mit entsprechender Kürzung des Anspruchs bei fehlender Werthaltigkeit der Sacheinlage	209

3. Stellungnahme	209
a) Verpflichtung zur Offenlegung der Vergütung für den Sachübernahmeteil	210
(1) Behandlung als einheitliches Rechtsgeschäft nach den Regeln für Sacheinlagen	210
(2) Unterscheidung nach Teilbarkeit der Leistung	211
(a) Sachübernahme i.S. des § 27 Abs. 1 S. 1 AktG	212
(01) Kapitalerhöhung bei der Aktiengesellschaft	212
(02) Gründung und Kapitalerhöhung bei der GmbH	213
(b) Stellungnahme/Zwischenergebnis	214
b) Umqualifizierung der Sacheinlageverpflichtung in eine Bareinlagepflicht	215
c) Wirksamkeit der nicht offen gelegten Vergütungsabrede?	216
4. Ergebnis	218
D. Heilungsmöglichkeiten bei der GmbH unter Geltung des MoMiG	218
I. Bedürfnis und Sinn für eine Heilung nach neuem Recht	218
II. Rechtspolitische Bedenken gegen die Zulässigkeit einer Heilung und Stellungnahme	220
III. Voraussetzungen und Rechtsfolgen einer Heilung durch Satzungsänderung	221
1. Meinungsstand	222
2. Stellungnahme	223
a) Problem des Sacheinlagegegenstands	224
(1) Vor dem Zeitpunkt der Anrechnung	224
(2) Nach dem Zeitpunkt der Anrechnung	225
(a) Problem der doppelten causa	225
(b) Problem des Wertnachweises zum Zeitpunkt der Leistung der verdeckten Sacheinlage	226
b) Ergebnis	228
E. Heilungsmöglichkeiten bei der Aktiengesellschaft unter Geltung des ARUG	228
F. Minderheitenschutz im Rahmen der Anrechnungslösung	229
Kapitel 5. Straf- und zivilrechtliche Verantwortlichkeit der Beteiligten	232
A. GmbH-Recht	232
I. Geschäftsführer	232
1. Strafbarkeit gemäß § 82 Abs. 1 Nr. 1 bzw. 3 GmbHG	232
a) Die Versicherung der Geschäftsführer gemäß § 8 Abs. 2 S. 1 GmbHG	232

b) Die Versicherung als „falsche Angabe“ i.S.d. § 82 Abs. 1 Nr. 1 GmbHG	233
c) Vorsatz	233
d) Strafmaß; Amtsunfähigkeit	234
e) Kapitalerhöhung	235
2. Zivilrechtliche Verantwortlichkeit	235
a) Haftung gegenüber der Gesellschaft	235
(1) Haftung gemäß § 9a Abs. 1 GmbHG wegen falscher Angaben	235
(2) Organhaftung gemäß § 43 Abs. 2 GmbHG	236
b) Außenhaftung	237
(1) Haftung gemäß § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. § 82 Abs. 1 Nr. 1 GmbHG	237
(2) Haftung gemäß § 826 BGB	237
II. Inferent	238
1. Strafbarkeit gemäß § 82 Abs. 1 Nr. 1 GmbHG	238
2. Zivilrechtliche Verantwortlichkeit	239
a) Haftung gegenüber der Gesellschaft gemäß § 9a Abs. 1 und 2 GmbHG	239
b) Außenhaftung	239
III. Rechtsnachfolger des Inferenten (§ 16 Abs. 2 GmbHG)	240
IV. Sonstige Gesellschafter	240
1. Strafbarkeit gemäß § 82 Abs. 1 Nr. 1 GmbHG	240
2. Zivilrechtliche Haftung	240
a) Haftung auf die Wertdifferenz (Ausfallhaftung) gemäß § 24 GmbHG	240
b) Schadensersatz gemäß § 9a Abs. 1 und 2 GmbHG	241
V. Rechtliche Berater/Notare	241
1. Strafbarkeit als Teilnehmer gemäß § 82 Abs. 1 Nr. 1 bzw. 3 GmbHG i.V.m. § 26 bzw. § 27 StGB	241
2. Zivilrechtliche Haftung gemäß § 280 Abs. 1 S. 1 BGB i.V.m. §§ 611, 675 BGB wegen Beratungspflichtverletzung	241
3. Schadensersatzpflicht des Notars gemäß § 19 Abs. 1 BNotO wegen Verletzung der Belehrungspflicht (§ 17 BeurkG)	242
B. Aktienrecht	243
I. Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder	243
1. Strafbarkeit gemäß § 399 Abs. 1 Nr. 1 bzw. 4 AktG	243
2. Zivilrechtliche Haftung	243
a) Schadensersatzhaftung gegenüber der Gesellschaft gemäß § 48 AktG	243

b) Außenhaftung gemäß § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. § 399 Abs. 1 Nr. 1 AktG	244
II. Gründer	244
1. Strafbarkeit gemäß § 399 Abs. 1 Nr. 1 AktG	244
2. Zivilrechtliche Haftung	245
a) Haftung gegenüber der Gesellschaft	245
(1) Schadensersatzhaftung gemäß § 46 Abs. 1 AktG	245
(2) Sonstige Ersatzansprüche	245
b) Außenhaftung	245
III. Haftung sonstiger Aktionäre	246
IV. Haftung des Kreditinstituts gemäß § 37 Abs. 1 S. 4 AktG	246
V. Rechtliche Berater/Notare	246
 Kapitel 6. Rechtsformspezifische Fragestellungen	 247
A. GmbH-Recht: Verdeckte Sacheinlage bei der Unternehmungsgesellschaft (haftungsbeschränkt)	247
I. Die Unternehmungsgesellschaft als Rechtsformvariante der GmbH	247
II. Besonderheiten im Bereich der Kapitalaufbringung	249
III. Gesetzlicher Ausschluss von Sacheinlagen und Volleinzahlungsgebot	249
IV. Reichweite des Verbots von Sacheinlagen	250
1. Ausschließliches Eingreifen des Sacheinlageverbots im Rahmen der UG-Gründung	250
2. Eingreifen des Verbots bei Sachkapitalerhöhungen, bei denen die angestrebte Kapitalziffer hinter dem Mindestbetrag des § 5 Abs. 1 GmbHG zurückbleibt	251
3. Generelles Verbot von Sacheinlagen bis zur Eintragung des Mindeststammkapitals gemäß § 5 Abs. 1 GmbHG	252
4. Stellungnahme	252
V. Verdeckte Sacheinlagen bei der UG	254
1. Problemstellung	254
2. Meinungsspektrum	254
a) Genereller Ausschluss der verdeckten Sacheinlage	254
b) Vorliegen einer verdeckten Sacheinlage	255
(1) Unanwendbarkeit von § 19 Abs. 4 GmbHG; Fortgeltung der früheren Rechtsprechungsgrundsätze zur verdeckten Sacheinlage	255
(2) Direkte Anwendung von § 19 Abs. 4 GmbHG	259
(3) Analoge Anwendung von § 19 Abs. 4 GmbHG	260

3. Stellungnahme	261
a) Bedürfnis nach Zuführung von Gegenständen bzw. Rechten aus dem Vermögen des Inferenten	261
b) Kein genereller Ausschluss der verdeckten Sacheinlage bei der UG	262
c) Unanwendbarkeit des § 19 Abs. 4 GmbHG	264
(1) Normzweck des § 19 Abs. 4 GmbHG	264
(2) Unmittelbare Anwendung des § 19 Abs. 4 GmbHG	264
(3) Analoge Anwendung des § 19 Abs. 4 GmbHG	265
d) Einordnung des Verhältnisses von § 19 Abs. 4 GmbHG zu § 5a Abs. 2 S. 2 GmbHG unter systematischen Gesichtspunkten	266
4. Ergebnis	269
B. Aktienrecht	270
I. Vereinbarkeit des § 27 Abs. 3 AktG mit europäischem Recht	270
1. Gang der Untersuchung	270
2. Konformität der Richtlinie – Kontrolle der europäischen Gesetzgebung	271
a) Beachtung der Grundfreiheiten durch den Unionsgesetzgeber	271
(1) Funktion der Grundfreiheiten (im Allgemeinen)	271
(2) Bindung des Unionsgesetzgebers	272
b) Verstoß gegen die Niederlassungsfreiheit (Art. 49 AEUV)	272
(1) Die Niederlassungsfreiheit als Diskriminierungs- und Beschränkungsverbot	272
(2) Immanente Grenzen der Niederlassungsfreiheit	274
(3) Maßgebliche Vorschriften der Richtlinie zur realen Kapitalaufbringung	274
(a) Zielsetzungen der Kapitalrichtlinie	274
(01) Aktionärs- und Minderheitenschutz	274
(02) Stärkung der Rechtssicherheit bei grenzüberschreitenden Kapitalmaßnahmen	275
(b) Richtlinieninhalte	276
(01) Überblick	276
(02) Regelung zum festen Mindestgrundkapital	276
(03) Maßgebliche Regelungen zur effektiven Kapitalaufbringung	277
(04) Absicherung der effektiven Kapitalaufbringung unter der RL 2006/68/EG	278

(4) Eingriff in die Niederlassungsfreiheit – Prüfungsmaßstab	280
c) Ergebnis	283
3. Einordnung der Kapitalrichtlinie als Mindest- oder Höchststandard?	283
a) Problemstellung	283
b) Meinungsspektrum	284
(1) Höchststandard (abschließende Regelung)	284
(2) Mindeststandard	285
c) Stellungnahme	286
(1) Primärrechtliche Vorgabe – Art. 50 Abs. 2 lit. g AEUV	287
(a) Keine Rechtsvereinheitlichung	287
(b) Wahrung der Verhältnismäßigkeit durch Mindeststandards	288
(2) Auslegung der Richtlinie, insbesondere des Art. 11 RL 77/91/EWG	289
d) Ergebnis	291
4. Fortbestand angemessener Sanktionsmechanismen	291
a) Problemstellung	291
b) Meinungsspektrum	292
c) Stellungnahme	292
(1) Gebot der größtmöglichen praktischen Wirksamkeit ( <i>effet utile</i> )	292
(2) Übertragung auf den Bereich der Kapitalaufbringung	293
(3) Verbleibendes Sanktionsgefälle	294
d) Ergebnis	295
5. Verstoß des § 27 Abs. 3 AktG gegen die Niederlassungsfreiheit	295
a) Eingriff	295
b) Rechtfertigung – Prüfungsmaßstab	296
c) Ergebnis	297
II. Verhältnis der verdeckten Sacheinlage zum Nachgründungsrecht – Rechtsfolgenkonflikt	297
1. Problemstellung	297
2. Betrachtung der tatbestandlichen Voraussetzungen	298
a) Beschränkter sachlicher Anwendungsbereich des Nachgründungsrechts	298
b) Beschränkter zeitlicher Anwendungsbereich des Nachgründungsrechts	299
c) Ergebnis	299
3. Eigenständigkeit beider Rechtsinstitute	300

4. Maßgeblichkeit der zeitlichen Abfolge zwischen Eintragung und Einlagengeschäft	300
5. Ansätze zur Auflösung des Rechtsfolgenkonflikts	301
6. Stellungnahme und Auswirkungen	302
Kapitel 7. Übergangsrecht	305
A. Änderung der Rechtslage und Geltungsumfang des Übergangsrechts	305
I. Wirkung ex nunc oder ex tunc – Inkrafttreten oder Rückwirkung	305
1. Problemdefinition	305
2. Wirkung ex nunc	306
3. Wirkung ex tunc	307
4. Stellungnahme und Ergebnis	307
II. Ausschluss der Rückwirkung	309
1. Überblick	309
2. Ausschluss wegen wirksamer Vereinbarung	309
3. Ausschluss wegen rechtskräftigen Urteils	310
4. Auswirkungen der Rückwirkung auf laufende Gerichtsverfahren, prozessuale Folgen	310
5. Reichweite und Auswirkung des Regelungsumfangs von Urteil oder Vereinbarung	312
B. Verfassungsmäßigkeit der Übergangsregelung	313
I. Problemstellung und Überblick über den Meinungsstand	313
II. Nichtfortführung einer bestimmten Rechtsprechung (Rechtsprechungsänderung)	315
III. Vereinbarkeit des § 3 Abs. 4 EGGmbHG mit Art. 14 Abs. 1 S. 1 GG	317
1. Schutzbereich des Art. 14 Abs. 1 S. 1 GG	317
2. Eingriff in den Schutzbereich des Art. 14 Abs. 1 S. 1 GG	318
a) Enteignung nach Art. 14 Abs. 3 GG	318
b) Inhalts- und Schrankenbestimmung nach Art. 14 Abs. 1 S. 2 GG – Abgrenzung zwischen Ausgestaltung und Eingriff	319
3. Rechtfertigung der durch § 3 Abs. 4 EGGmbHG erfolgten Inhalts- und Schrankenbestimmung	320
4. Verfassungsmäßigkeit des § 3 Abs. 4 EGGmbHG als rückwirkendes Gesetz	321
a) Echte Rückwirkung bei abgeschlossenem Sachverhalt, Rechtfertigung wegen unklarer und verworrener Rechtslage	321
b) Unechte Rückwirkung bei offenem Sachverhalt	324
(1) Fortbestand des Gesamtkomplexes der Ansprüche	325

(2) Einhaltung der Grenzen aus dem Rechtsstaatsprinzip	325
(a) Vertrauensschutz	325
(01) Rechtsbeziehungen zwischen Gesellschaft und Gesellschafter	325
(02) Nachteilige Beeinträchtigung der Rechtsposition Dritter	326
(b) Verhältnismäßigkeit – teleologische Reduktion	327
IV. Ergebnis	329
Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	330
A. Der Tatbestand der verdeckten Sacheinlage	330
B. Die Rechtsfolgen der verdeckten Sacheinlage	331
C. Heilung	333
D. Übergangsrecht	333
E. Besonderheiten des Aktienrechts im europäischen Kontext	334
Literaturverzeichnis	335